

Hannover, den 04.02.2011

Abgeordnete Marco Brunotte, Markus Brinkmann, Ulla Groskurt, Stefan Klein, Dr. Silke Lesemann, Matthias Möhle, Uwe Schwarz, Petra Tiemann, Ulrich Watermann (SPD)

**Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung**

**Kahlschlag bei der „Sozialen Stadt“ – welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Kommunen in Niedersachsen?**

Mit dem schwarz-gelben Bundeshaushalt 2011 wurde am 23. November 2011 das faktische Aus des erfolgreichen Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ beschlossen. Die Mittel des Bundes werden von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro um 70 Prozent zurückgefahren. Die Ausgaben sollen auf „investive Maßnahmen“, also bauliche Maßnahmen, konzentriert werden.

Insgesamt fährt die Bundesregierung die Städtebauförderung massiv zurück. Es stehen 2011 mit 455 Millionen Euro 15 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. Aus ideologischen Gründen wurde die Axt vor allem an das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt angelegt. So hatte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Patrick Döring bereits im März 2010 behauptet: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, mit dem Programm „Soziale Stadt“ Investitionsmaßnahmen zu finanzieren. Die Zeit der nicht investiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund ist vorbei ...“

In den Wohngebieten, die als soziale Brennpunkte gelten, leben häufig aus anderen Ländern zugewanderte Menschen. Sozialräumliche Integration erfordert die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, organisiert auf Stadtteil- oder Quartiersebene. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen müssen sich auf verschiedene Handlungsfelder beziehen und an den Lebenslagen der Bevölkerungsgruppen anknüpfen. Durch das Programm „Soziale Stadt“ werden seit vielen Jahren integrationsfördernde Maßnahmen initiiert und gefördert.

Mit ihrer Entscheidung bedroht die Bundesregierung nach zehn Jahren engagierter Arbeit in Stadtteilen und Wohngebieten den sozialen Frieden in Städten und Gemeinden. Gerade der Ansatz neben baulichen Verbesserungen in Vierteln, die als soziale Brennpunkte galten und gelten, auch die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort z. B. durch Nachbarschaftszentren, Hausaufgabenhilfen, und Freizeitangebote für Jugendliche zu verbessern, hat sich bewährt. Vor allem, weil die Soziale Stadt die Bewohnerinnen und Bewohner des betreffenden Viertels direkt an den Entscheidungen beteiligt, ist das Programm so erfolgreich. Die Menschen fühlen sich so ernst-, wahr und mitgenommen. Sie arbeiten daran mit, dass ihre Wohngegend wieder liebens- und lebenswerter wird. Das trägt auch dazu bei, dass die Verbesserungen langfristig tragen, weil sich die Menschen mit ihrem Viertel identifizieren, miteinander reden und z. B. in Quartiersräten gemeinsam daran arbeiten, dass sich die Situation in ihrem Viertel positiv verändert. Die Stärke der Sozialen Stadt liegt auch darin, dass durch das sogenannte Quartiermanagement alles aus einer Hand kommt und ressortübergreifend organisiert wird.

Für die Zukunft ist offen, wie Wohnungswirtschaft, Sozialverbände, Kommunen und Akteure vor Ort in ihrem erfolgreichen Engagement in sozialen Brennpunkten unterstützt werden sollen. Allen Beteiligten ist klar, dass die Kürzungen drastische Auswirkungen haben werden.

Aktuell werden 32 Maßnahmen im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in Niedersachsen gefördert. Im Detail handelt es sich dabei um folgende Maßnahmen:

1. Braunschweig, Westliches Ringgebiet
2. Goslar, Unterober

3. Göttingen, Alt-Grone
4. Göttingen, Westl. Maschmühlenweg
5. Hann. Münden, Altstadt III
6. Peine, Südstadt
7. Salzgitter, Fredenberg
8. Salzgitter, Ost- und Westsiedlung
9. Wolfsburg, Westhagen
10. Barsinghausen, Goethestraße/Bahlsen
11. Diepholz, Willenberg/ Lüderstraße
12. Garbsen, Auf der Horst
13. Hannover, Hainholz
14. Hannover, Sahlkamp-Mitte
15. Hannover, Stöcken
16. Laatzen, Mitte wird top
17. Nienburg, Lehmwandlungssiedlung
18. Rehburg-Loccum, OT Bad Rehburg
19. Achim, Magdeburger Viertel
20. Celle, Neustadt
21. Cuxhaven, Lehfeld
22. Lüneburg, Kaltenmoor
23. Osterholz-Scharmbeck, Mozartstraße-Drosselstraße
24. Stade, Altländer Viertel
25. Winsen/ Luhe, Albert-Schweitzer
26. Delmenhorst, Wollepark
27. Emden, Barenburg
28. Leer, Oststadt
29. Oldenburg, Kreyenbrück Nord
30. Osnabrück, Rosenplatz
31. Quakenbrück, Neustadt
32. Wilhelmshaven, Südstadt

Dies vorausgesetzt fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden durch das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ in den aufgeführten Kommunen und mit welchen Auswirkungen gefördert (bitte jeweils getrennt nach Maßnahme aufgeschlüsselt aufführen)?
2. Welche konkreten Maßnahmen können bei einem Entfall des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in den aufgeführten Kommunen nicht mehr durchgeführt werden und zu welchen jeweiligen Folgen führt dies (bitte jeweils getrennt nach Maßnahme aufgeschlüsselt aufführen)?
3. Wie sollen die Maßnahmen in den betroffenen Kommunen bei einem Wegfall bzw. einer Kürzung der Förderung fortgeführt werden und welche Auswirkungen ergeben sich für die betroffenen Bereiche (bitte jeweils getrennt nach Maßnahme aufgeschlüsselt aufführen)?

gez. Marco Brunotte  
 Markus Brinkmann  
 Ulla Groskurt  
 Stefan Klein  
 Dr. Silke Lesemann  
 Matthias Möhle  
 Uwe Schwarz  
 Petra Tiemann  
 Ulrich Watermann

F. d. R.



Dr. Cornelius Schley  
 Fraktionsgeschäftsführer

**Antwort der Landesregierung auf die Mündliche Anfrage Nr. 3 der Abgeordneten Marco Brunotte, Markus Brinkmann, Ulla Groskurt, Stefan Klein, Dr. Silke Lesemann, Matthias Möhle, Uwe Schwarz, Petra Tiemann und Ulrich Watermann (SPD)**

**„Kürzungen bei der „Sozialen Stadt“ – Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Kommunen in Niedersachsen?“**

---

Den Bauministerinnen und Bauministern der Länder ist es gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden gelungen, den Bund zu einer teilweisen Rücknahme seiner Kürzungsbeschlüsse zu Lasten der Städtebauförderung für das Programmjahr 2011 zu bewegen. Damit konnte erreicht werden, dass die vom Bund beabsichtigte Reduzierung der Bundesfinanzhilfen für das Städtebauförderungsprogramm 2011 halbiert worden ist.

Die Einschnitte zu Lasten des Programms „Soziale Stadt“ hingegen sind bedauerlich und beruhen auf entsprechenden Vorgaben des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Dieser hatte völlig überraschend und ohne dass die Länder darauf Einfluss nehmen konnten, die Kürzungen beschlossen, die dann im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundeshaushalt 2011 wirksam geworden sind.

Die im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundeshaushalt 2011 beschlossene Kürzung für das Programm „Soziale Stadt“ beschränkt sich auf das Haushalts- bzw. Programmjahr 2011. Die weitere Entwicklung für das Programmjahr 2012 ist derzeit noch nicht absehbar.

Das Land Niedersachsen wird deshalb seine Bemühungen für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Städtebauförderungsprogramme kontinuierlich fortsetzen und sich gemeinsam mit den anderen Bundesländern dabei insbesondere auch für eine wieder angemessene finanzielle Ausstattung des Programms „Soziale Stadt“ einsetzen. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben hierzu bereits ihre Unterstützung signalisiert.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Bund inzwischen eine neue Förderrunde für das von der EU geförderte Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) gestartet hat. Damit stehen von 2011 bis 2014 83 Mio. Euro für Projekte in den Städten und Gemeinden bereit, die zur Integration beitragen. Die entsprechende Ausschreibung des Bundes richtet sich insbesondere an die Programmgebiete der „Sozialen Stadt“.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1.

In Niedersachsen befinden sich derzeit 31 Gesamtmaßnahmen mit einem Fördermittelbedarf für investive Maßnahmen in Höhe von aktuell rund 100 Mio. Euro in der Förderung des Programms „Soziale Stadt“.

Niedersachsen hat zur notwendigen Stärkung der Konjunktur und im Hinblick auf den hohen Fördermittelbedarf im investiven Bereich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auch die Finanzhilfen des Bundes für „Modellvorhaben der Sozialen Stadt“ zur Förderung von „investiven Maßnahmen“ und deren Vorbereitung einzusetzen. Somit wirkt sich die Vorgabe des Bundeshausaltsgesetzgebers, die Städtebauförderungsmittel auf „investive Maßnahmen“ zu konzentrieren, für die niedersächsischen Fördergebiete nicht negativ aus.

Zur Erhaltung der in der vergangenen Laufzeit des Programms aufgebauten Beteiligungsstrukturen in den Fördergebieten wird es erforderlich sein, die reduzierten Programmmittel des Programmjahres 2011 – soweit möglich - insbesondere für die Erhaltung dieser Strukturen einzusetzen. Damit könnten die geförderten Kommunen insbesondere auch die Fortsetzung des sog. Quartiersmanagements sicherstellen, soweit dies der Vorbereitung von investiven Maßnahmen dient.

Im Hinblick auf die im Programm „Soziale Stadt“ zur Verfügung stehenden Fördermittel aus vorangegangenen Programmjahren (sog. Ausgabereste und 2011 wirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen) wird es voraussichtlich auch möglich sein, weitere notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Fördergebiete im Programmjahr 2011 zu unterstützen.

Auf soziale Projekte in Niedersachsen werden die Kürzungen des Bundes zu Lasten des Programms „Soziale Stadt“ keine Auswirkungen haben, weil diese auch in der Vergangenheit nicht mit Städtebauförderungsmitteln gefördert worden sind. Soziale Projekte werden in Niedersachsen mit Fördermitteln einschlägiger Förderprogramme gefördert. Entsprechendes gilt für die Förderung von integrationsfördernden Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund.

Zu 2.

Die Landesregierung bedauert die Kürzungen zu Lasten des Programms „Soziale Stadt“ sowohl aus sozialpolitischen Gründen als auch aus städtebaulichen Gründen. Daher hat die Sozialministerin im Januar 2011 an den Bundesbauminister appelliert, der gemeinsamen Verantwortung des Bundes und der Länder für die sich in der Förderung befindlichen sozial benachteiligten

Stadtquartiere gerecht zu werden und sich dafür einzusetzen, dass Einschnitte zu Lasten des Programms „Soziale Stadt“ im Programmjahr 2012 vermieden werden.

Zu 3.

Im Programmjahr 2011 wird es insbesondere darauf ankommen, die aufgebauten Beteiligungsstrukturen zu erhalten und die reduzierten Fördermittel auf die Fortführung des Quartiersmanagements zu konzentrieren. Dies muss im Einklang mit dem geltenden Förderrecht (d. h. im Zusammenhang mit der Vorbereitung investiver Maßnahmen) geschehen. Gleichzeitig müssen die Kommunen die Gelegenheit nutzen, die noch zur Verfügung stehenden Ausgabereste abzubauen. Im Übrigen wird auf die Beantwortung zu 1. verwiesen.